



Neues aus Düsseldorf

Der Landtagsnewsletter von Serdar Yüksel, Carina Gödecke und Karsten Rudolph

Liebe Leserinnen und Leser,

am 23. Mai feiern wir den **70. Jahrestag unseres Grundgesetzes**. Mit einem [Antrag](#) haben wir uns dafür eingesetzt, seine Erfolgsgeschichte fortzuschreiben und jede zeitgemäße wie notwendige Weiterentwicklung allein an seinen Grundwerten auszurichten. Und das heißt vor allem: unverletzliche und unveräußerliche Menschenrechte.

Es ist ein Glücksfall, unser Grundgesetz. Aber eins fehlt darin nach wie vor: die Verankerung von **Kinderrechten!** Und das auch 30 Jahre nach Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention. Darauf hat der Kinderschutzbund in dieser Woche aufmerksam gemacht. Wir haben diese Initiative unterstützt und sind froh, dass eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe bis Ende 2019 einen Vorschlag für eine entsprechende Grundgesetzänderung ausarbeitet. Die Welt gehört schließlich in Kinderhände.

Damit diese Hände besonders kräftig werden, haben wir eine Reihe von Initiativen zur Stärkung von Kindern und Familien eingebracht. Eine davon ist unser Antrag zum „Gute-Kita-Gesetz“, mit dem wir die Landesregierung dazu auffordern, die Steilvorlage von Franziska Giffey zu nutzen und das Kinderbildungsgesetz („KiBiz“) endlich chancengerecht zu gestalten. Dazu braucht es aber mutige Investitionen in Qualitätssteigerungen, verbesserte Öffnungszeiten und wirkliche Beitragsfreiheit. Doch davon ist der Reform-Entwurf von Familienminister Stamp leider weit entfernt. Um Kinder stark zu machen, müssen wir vor allem **Kinderarmut direkt bekämpfen** und Kinder aus Hartz IV rausholen. Dazu fordern wir die Einführung einer Kindergrundsicherung, die endlich Schluss macht mit diesem Chaos an Familienleistungen. Unser Vorschlag lautet, Kindergeld, Kinderfreibeträge, Kinderzuschlag und andere Leistungen zusammenzuführen und künftig alle Kinder mit einer **Kindergrundsicherung in Höhe von 628 Euro monatlich** abzusichern. Auch dazu haben wir einen entsprechenden [Antrag](#) ins Plenum eingebracht.

Wir müssen aber auch die **Lebenssituation von alleinerziehenden Müttern und Vätern** mit der besonderen Belastung durch Erziehung der Kinder, Beruf und Haushaltsführung stärker in den Blick nehmen. Viele Alleinerziehende meistern ihre alltäglichen Herausforderungen sehr gut – aber die Organisation des Familienalltags und des Erwerbslebens müssen sie oft ohne Unterstützung schultern. Das wollen wir ändern: Mit unserem [Antrag](#) haben wir einen umfangreichen

Maßnahmenkatalog zur Verbesserung ihrer Situation vorgeschlagen. Damit es auch die Kinder leichter haben.

Einige unserer weiteren Themen im Plenum:

Laschet muss sich für Arbeitsplätze bei ThyssenKrupp einsetzen, anstatt tatenlos zuzuschauen

ThyssenKrupp ist ein Mythos, ein Symbol für den Aufstieg einer Region und ihrer Menschen. Doch das ist jetzt in Gefahr. Erst die geplatzte Fusion mit Tata, jetzt sollen 6.000 Stellen im Gesamtkonzern von ThyssenKrupp gestrichen werden. Das sind gute und wichtige Arbeitsplätze – eine Vielzahl davon mitten in NRW. Und die Landesregierung, allen voran Armin Laschet als Mitglied im Kuratorium der Krupp-Stiftung, schaut tatenlos dabei zu, wie diese Arbeitsplätze bei einem der renommiertesten Arbeitgeber in NRW abgebaut werden sollen. Mit unserem Antrag haben wir die Landesregierung dazu aufgefordert, sich gegenüber der Konzernleitung von ThyssenKrupp für eine nachhaltige Neuaufstellung des Konzerns einzusetzen, in der betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen und eine maximal mögliche Anzahl an Arbeitsplätzen erhalten bleiben. Darüber hinaus soll die Landesregierung der Öffentlichkeit nun unverzüglich einen Entwurf der überarbeiteten industriepolitischen Leitlinien vorlegen, wie es Schwarz-Gelb zu Beginn der Legislaturperiode angekündigt hatte. [Drucksache 17/6251](#)

New Deal: Endlich das Wirrwarr im Bildungsbereich aufräumen

Zeiten ändern sich – und damit auch die Anforderungen. Das gilt auch für das Bildungssystem. Auch hier muss der Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse greifen. So erfordern Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder auch die Digitalisierung Neuausrichtungen, die vom Bund vorgegeben, aber durch Länder und Kommunen ausgestaltet werden müssen. Mit unserem Antrag haben wir die Landesregierung am Donnerstag im Plenum aufgefordert, die Finanz- und Aufgabenverteilung neu zu verhandeln. Dabei soll der Bund angehalten werden, dauerhafte Finanzmittel zu stellen. Schulen brauchen mehr Gestaltungsspielräume, um individuelle Schwerpunkte mit personellen oder sachlichen Kapazitäten auszugestalten. Außerdem müssen Lösungen zu den Bereichen Schulsozialarbeit, Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz und Inklusion neu ausgearbeitet werden. [Drucksache 17/6255](#)

Bewahren: Mieterschutz ohne Einschränkungen

NRW ist ein Mieterland. Mehr als 55 Prozent aller Einwohner des Landes leben in Mietwohnungen. Daher ist die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum eine verpflichtende Kernaufgabe der Landesregierung. Allerdings hat sich Schwarz-Gelb im Koalitionsvertrag von 2017 darauf verständigt, den landesrechtlichen Mieterschutz abzuschaffen. Dazu gehört auch die Begrenzung des Mietpreisanstiegs. Diese sogenannte Kappungsgrenzenverordnung, wodurch Mieter mit laufenden Mietverträgen vor ungerechtfertigten Mietpreiserhöhungen geschützt sind, wurde aktuell zwar bis zum 30. Juni 2020 verlängert. Das ist allerdings kein Grund zur Entwarnung: Wir brauchen für NRW eine unbegrenzte und flächendeckende Kappungsgrenzenverordnung. Mit unserem Antrag haben wir die Landesregierung aufgefordert, entsprechend sozialverantwortlich zu handeln. [Drucksache 17/4454](#)

Entgegenwirken: Recht auf Schuldnerberatung garantieren

In NRW liegt die Überschuldungsquote bei über 11 Prozent. Ein Problem, das sich in unserer Gesellschaft verfestigt hat. Die Gründe sind oft die gleichen: Arbeitslosigkeit, Trennung, Erkrankung, Einkommensarmut, gescheiterte Selbständigkeit oder eine unwirtschaftliche Haushaltsführung. Häufig ist die Schuldner- oder Verbraucherinsolvenzberatung die letzte Chance, eine Überschuldung zu überwinden. Diese sind wichtige und sich gegenseitig ergänzende Beratungsinstrumente. Aufgrund der unterschiedlichen Regelungszuständigkeiten von Land und Kommunen werden die Aufgabenbereiche bürokratisch getrennt – zum Nachteil der Verbraucher. Mit unserem Antrag haben wir ein Konzept gefordert, dass diese Trennung aufhebt und eine gesetzliche Grundlage schafft, die allen Ratsuchenden einen schnellstmöglichen kostenlosen Zugang zu den Beratungsangeboten ermöglicht. Dazu hat Bayern schon eine Vorlage geliefert. [Drucksache 17/6259](#)

SPD



Carina Gödecke MdL



0234/9230756



@carinagoedècke



carina.goedècke@landtag.nrw.de



Karsten Rudolph MdL



0234/79432662



@karsten.rudolph.nrw



karsten.rudolph@landtag.nrw.de



Serdar Yüksel MdL



02327/9913945



@Serdar.SPĐ



serdar.yueksel@landtag.nrw.de

Ihre Bochumer Abgeordneten im Landtag NRW